

ÜBERSICHTEN

Außenpolitik

NAHOST

***(1)
Chinesische Waffenlieferungen an den Iran führen zu Verstimmungen mit den USA**

Nach Informationen der amerikanischen Regierung hat die Volksrepublik China 96 Anti-Schiffsraketen des Typs "Silkworm" an den Iran geliefert. Die Lieferung sei Teil eines Rüstungsprogramms, das sich auf 1 Mrd. US\$ pro Jahr beläuft, hieß es in Washington. Die Amerikaner hätten per Satellit und mit "anderen Methoden" festgestellt, daß in dem iranischen Hafen Chah Bahar im Golf von Oman chinesische Waffenlieferungen eingegangen seien. Die chinesischen Waffenverkäufe sollen fast die Hälfte der Versorgung Irans mit militärischer Ausrüstung darstellen.

Nachdem amerikanische und kuwaitische Ziele im Golf mit Silkworm-Raketen beschossen worden waren, hatte die Regierung der USA am 22.10.1987 ein Embargo von Gütern nach China verfügt, die zur Waffenproduktion verwendet werden können.

Der iranische Botschafter in der Volksrepublik China erklärte, die Silkworm-Raketen, die sein Land besitze, seien nicht chinesisch. In dieser Hinsicht gebe es keine Verbindung mit der chinesischen Regierung.

Nach einem Bericht des *Wall Street Journal* vom 22.10.1987 wurden chinesischen Offiziellen von seiten der amerikanischen Regierung Fotografien gezeigt, die Waffenverladungen in der Volksrepublik und Waffenausladungen im Iran zeigen.

Bislang verneinten die Chinesen jedoch ständig, daß sie Silkworm-Raketen oder andere militärische Ausrüstungen an den Iran geliefert hätten. (FAZ, 27.10.87; IHT, 24./25.10.87) -lou-

derung des Hotelpersonals und die Qualifikationen von Reiseleitern.

Das Städtische Tourismusamt wird besondere Zertifikate für qualifizierte Reiseleiter ausgeben. Nur jene mit Zertifikaten können als Reiseleiter tätig sein. Die neuen Regelungen betonen einmal wieder die Illegalität des Trinkgeldnehmens. Als Strafe für jene, die Trinkgeld nehmen, wird die Entlassung festgesetzt.

Tourismuseinheiten in anderen Provinzen und Städten, die in Beijing touristische Geschäfte machen wollen, müssen sich erst beim Tourismusamt in Beijing registrieren lassen. Ausländischen Unternehmen sowie solchen aus Hongkong und Macau ist es in Beijing nicht erlaubt, Tourismusdienstleistungen anzubieten.

Entsprechend den Regelungen über Hotelsicherheit und Verwaltung ist es Touristen verboten, Schußwaffen, Munition, Sprengkörper oder giftige oder radioaktive Materialien in die Hotels mitzunehmen. Illegale Aktivitäten, wie beispielsweise Prostitution, Drogenmißbrauch und Glücksspiel, sind strikt verboten. Zuwiderhandelnde werden bestraft.

Inzwischen ist eine Liste von 97 Hotels und 87 Restaurants, die für ausländische Touristen geeignet sind, erstellt worden. Das Beijinger Tourismusamt betonte, daß die staatliche Preispolitik beachtet werden soll; jene, die den Regelungen zuwiderhandeln, werden von der Liste gestrichen. In Beijing gibt es nun mehr als 1.000 Restaurants und 218 Hotels, jedoch sind viele davon nicht gut geführt. Nach Aussagen des Tourismusamtes haben sich ausländische Touristen darüber beschwert. Die neu aufgestellte Liste soll die Interessen der Touristen schützen. (XNA, 16.10.87) -lou-

zuberufen. An der Tagung nahmen 202 ZK-Mitglieder und 122 ZK-Kandidaten teil. Als "Beobachter" waren 161 Mitglieder der Zentralen Beraterkommission, 121 Mitglieder der Zentralen Disziplinarkontrollkommission und 39 andere hohe Parteifunktionäre anwesend.

Die Plenartagung verabschiedete den Bericht des XII. ZK für den XIII. Parteitag und einen Abänderungsentwurf von einigen Bestimmungen des Parteistatuts. Das politische Reformdokument mit dem Titel "Grundriß der Reform des politischen Systems" (zhengzhi tizhi gaige zongti shexiang) wurde jedoch nur im Prinzip gebilligt und nicht als eigenständiges Dokument an den XIII. Parteitag zur Beschlußfassung überwiesen. Vielmehr beschloß die Plenartagung, den "Hauptinhalt" dieses politischen Reformdokuments in den Bericht des XII. ZK aufzunehmen und in dieser Form vom XIII. Parteitag verabschieden zu lassen.

Darüber hinaus bestätigte die 7. Plenartagung die Ablösung Hu Yaobangs vom Amt des ZK-Generalsekretärs und die Ernennung von Zhao Ziyang zum neuen ZK-Generalsekretär (RMRB, 21.10.87). Diese beiden Personalentscheidungen waren - in Verstoß gegen das Parteistatut - auf einer "erweiterten Sitzung des Politbüros" am 16. Januar 1987 beschlossen worden.

Das ZK bestätigte auch eine Entscheidung des Politbüros vom 14. Juli 1987, derzufolge der frühere Direktor der staatlichen Luftfahrtgesellschaft CAAC, Shen Tu, aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen worden war (ebenda). Shen Tu soll für sich und seine Kinder von Ausländern Gelder und Vergünstigungen gefordert und angenommen und in der Schweiz ein privates Bankkonto unterhalten haben (NZZ, 22.10.87; Beijing TV, 24.10.87, nach: SWB, 26.10.87).

Wie üblich war der 7. Plenartagung des XII. ZK eine Arbeitskonferenz vorausgegangen, die diesmal am 14. Oktober begann und 5 Tage andauerte (RMRB, 21.10.87; DGB, 15.10.87, nach: SWB, 17.10.87). Auf dieser "Vorbereitungstagung" (yubei huiyi) waren wahrscheinlich vor allem der Bericht des XII. ZK für den XIII. Parteitag und das politische Reformdokument diskutiert worden. -sch-

Innenpolitik

***(3)
7. Plenartagung des XII. Zentralkomitees der KPCh**

Das XII. Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas trat am 20. Oktober 1987 zu seiner 7. Plenartagung zusammen, um den XIII. Nationalen Parteitag der KPCh für den 25. Oktober 1987 offiziell ein-

AUSLÄNDER IN DER VRCh

***(2)
Neue Regelungen für den Tourismus in Beijing**

In Beijing wurden 11 Regelungen für die Tourismusverwaltung erlassen, darunter Regeln für die Klei-

***(4)
XIII. Nationaler Parteitag der
Kommunistischen Partei Chinas**

Der XIII. Nationale Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas fand vom 25. Oktober bis 1. November 1987 in Beijing statt. An dem Kongreß nahmen 1936 ordentliche (d.h. gewählte) und 61 außerordentliche Delegierte als Stimmberechtigte teil. Darüber hinaus waren über 400 Persönlichkeiten als Gäste mit Beobachterstatus eingeladen worden.

Der XIII. Parteitag wählte ein neues Zentralkomitee (175 ZK-Mitglieder und 110 ZK-Kandidaten), eine neue Beraterkommission (200 Mitglieder) und eine neue Disziplinungskontrollkommission (69 Mitglieder). Zusammen mit Deng Xiaoping schied eine Reihe von prominenten älteren Vertretern des orthodox marxistisch-leninistischen Flügels aus dem Zentralkomitee aus, darunter auch der bisherige ZK-Sekretär Deng Liqun (72). (Zur personellen Besetzung des neuen Zentralkomitees siehe die Tabellen 3 und 4 in dem Artikel von Peter Schier in diesem Heft.)

Der XIII. Parteitag verabschiedete darüber hinaus den von Zhao Ziyang vorgetragenen Bericht des XII. Zentralkomitees, die Tätigkeitsberichte der Zentralen Beraterkommission und der Zentralen Disziplinungskontrollkommission sowie einige Änderungen des Parteistatus. -sch-

***(5)
1. Plenartagung des XIII. Zentralkomitees der KPCh**

Einen Tag nach Beendigung des XIII. Nationalen Parteitags der KPCh trat das neugewählte XIII. Zentralkomitee am 2. November 1987 zu seiner konstituierenden 1. Plenartagung zusammen. An der Tagung nahmen 173 von 175 ZK-Mitgliedern und 106 von 110 ZK-Kandidaten teil. Die ZK-Plenartagung wählte ein neues 18köpfiges Politbüro (17 Mitglieder und 1 Kandidat) und dessen Ständigen Ausschuß (5 Mitglieder) und bestätigte Zhao Ziyang im Amt des ZK-Generalsekretärs. Im Gegensatz zum alten Politbüro verfügen die marktorientierten Reformkräfte im neugewählten Politbüro über eine eindeutige Mehrheit, so daß die Personalentscheidungen im Rahmen des XIII. Parteitags als ein großer Erfolg des marktorientierten Reformflügels gewertet werden können.

Darüber hinaus bestätigte die Plenartagung die vom Ständigen Ausschuß des Politbüros nominierten vier Mitglieder und einen Kandidaten des ZK-Sekretariats und bestimmte die Führung der ZK-Militärkommission. Zum Vorsitzenden der machtpolitisch offenbar nach wie vor zentral wichtigen ZK-Militärkommission wurde erwartungsgemäß Deng Xiaoping ernannt, während Zhao Ziyang zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden und Yang Shangkun zum ständigen stellvertretenden Vorsitzenden bestimmt wurden. Über die anderen Mitglieder der ZK-Militärkommission wurde wie üblich nichts bekannt. Damit gelang es Deng Xiaoping, seinen von ihm selbst designierten politischen Nachfolger auch in der ZK-Militärkommission unterzubringen. (Im Falle des im Januar 1987 vom Amt des ZK-Generalsekretärs abgelösten Hu Yaobang war Deng dies trotz mehrerer Anläufe nicht gelungen.)

Schließlich bestätigte die 1. Plenartagung des XIII. ZK auch die neugewählten Führungsgremien der Zentralen Beraterkommission und der Zentralen Disziplinungskontrollkommission. Die Zentrale Beraterkommission hatte am gleichen Tag den aus dem ZK und dessen Führungsgremien ausgeschiedenen Chen Yun zum neuen Vorsitzenden (statt Deng Xiaoping) und Bo Yibo und Song Renqiong zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Die Zentrale Disziplinungskontrollkommission hatte ebenfalls am 2. November Qiao Shi (statt Chen Yun) zu ihrem neuen Sekretär bestimmt. (Zur personellen Besetzung der Führungsorgane des XIII. Zentralkomitees siehe die entsprechenden Tabellen in dem Artikel von Peter Schier in diesem Heft.) -sch-

***(6)
KPCh unterhält Beziehungen zu
230 ausländischen politischen
Parteien**

Die Kommunistische Partei Chinas unterhält gegenwärtig zu 230 politischen Parteien im Ausland "freundschaftliche Beziehungen und verschiedene Kontakte", wie ein Funktionär der ZK-Abteilung für internationale Verbindungen am 24. Oktober bekanntgab. Zu über 130 von ihnen wurden die Kontakte erst nach 1982 zum ersten Mal aufgenommen oder zeitweise unterbrochene Beziehungen wiederhergestellt. Zu den 130 seit 1982 neu- oder wiedergewonnenen befreundeten

Parteien zählen nur rund 30 kommunistische und Arbeiterparteien, aber immerhin über 30 sozialdemokratische und sozialistische Parteien und sogar mehr als 60 "fortschrittliche" politische Parteien in Ländern der "Dritten Welt". (XNA, 28.10.87) -sch-

***(7)
Demonstrationen gegen chinesische
Fremdherrschaft und für Unabhängigkeit
in Tibet**

Ende September und Anfang Oktober 1987 ereigneten sich im Autonomen Gebiet Tibet mindestens vier Demonstrationen von tibetischen Nationalisten, die ein Ende der chinesischen Fremdherrschaft und die Wiedererlangung der Unabhängigkeit Tibets forderten. Dabei gab es mehrere Tote (Die verschiedenen Zahlenangaben hierzu schwanken zwischen 6 und 19 Toten.) und wahrscheinlich über 100 Verletzte. Die Zahl der verhafteten Tibeter dürfte sich auf weit über 100 belaufen.

In einem Appell der Äbte der drei berühmten Klöster Drepung, Sera und Ganden an die Vereinten Nationen wurde die internationale Staatengemeinschaft aufgefordert, sich für die Unabhängigkeit Tibets einzusetzen. Dagegen verwahrte sich die chinesische Regierung gegen eine "Einmischung in die inneren Angelegenheiten" und kündigte eine harte Bestrafung der tibetischen Urheber der Demonstrationen an, die sie als Anhänger der "Dalai-Lama-Clique" bezeichnete.

Die erste Demonstration fand am Vormittag des 27. September in Lhasa statt, als etwa 100 Personen, darunter über 20 Lamas vom Kloster Drepung, mit der alten tibetischen Nationalfahne (1913-1951), auf der zwei Schneelöwen unter der aufgehenden Sonne abgebildet sind, auf die Straße gingen und Slogans gegen die chinesische Besetzung Tibets und für die Unabhängigkeit von Tibet riefen. Vor dem Jokhang-Tempel hielten die Demonstranten Reden und zogen danach vor den Sitz der Volksregierung des Autonomen Gebiets Tibet. Zwischen Demonstranten und Sicherheitsbeamten kam es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen, als die Polizisten versuchten, die Demonstration gewaltsam zu beenden. 21 Mönche und 5 weitere Demonstranten wurden festgenommen. (Beijing Rundschau, 13.10.87, S. 5; AW, 16.10.87, S. 39)

Noch am gleichen Tag forderte mit Ngapoi Ngawang Jigme ein ranghoher Tibeter in chinesischen Diensten (Ngapoi ist einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses.) eine Bestrafung der "Unruhestifter", die vergeblich versucht hätten, "das Land zu spalten und die Stabilität und Einheit Tibets zu gefährden" (Beijing Rundschau, 13.10.87, S. 5)

Am 1. Oktober, dem Nationalfeiertag der Volksrepublik China, zogen etwa 35 Mönche des Klosters Sera begleitet von einer größeren Menschenmenge durch die Bajiao-Geschäftsstraße zum dortigen Polizeirevier, in dem die am 27. September verhafteten Mönche des Klosters Drepung festgehalten wurden. Wie auf der ersten Demonstration am 27. September trugen die Demonstranten tibetische Nationalfahnen und forderten die "Unabhängigkeit für Tibet". Als Polizisten auftauchten, um die Demonstration unter Einsatz von Schlagstöcken und Schaufeln zu beenden, kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, an denen sich schließlich etwa 2.000 Personen beteiligten. Dabei wurden das Bajiaoje-Polizeirevier und mehrere Autos von den Demonstranten in Brand gesetzt und Steine gegen die Sicherheitskräfte geworfen (AW, 16.10.87, S. 37; IHT, 14.10.87; Spiegel, 42/1987, S. 160-164). Schließlich kam es zum Einsatz von Feuerwaffen, in dessen Verlauf - nach offiziellen chinesischen Angaben - sechs Personen getötet und 19 Sicherheitsbeamte verletzt wurden. Tibetischen Angaben zufolge sollen 19 Tibeter bei den Auseinandersetzungen am 1. Oktober ums Leben gekommen sein (IHT, 14.10.87). Der für gewöhnlich gut informierte Spiegel-Korrespondent Stefan Simons schrieb von mindestens 13 Toten, darunter neun Tibeter und vier Chinesen (Spiegel, 42/1987, S. 160; siehe auch Robert Delfs in: FEER, 15.10.1987, S. 8).

Offiziellen chinesischen Angaben zufolge sollen einige Demonstranten den Polizisten Gewehre entrisen und das Feuer auf die Polizei eröffnet haben, während sich die chinesischen Polizisten strikt an die Weisungen ihrer Vorgesetzten gehalten und das Feuer nicht eröffnet hätten. (Beijing Rundschau, 13.10.87, S. 6)

Nichtchinesischen Angaben zufolge hatte die Polizei jedoch das Feuer auf die Steine werfenden Demon-

stranten eröffnet (u.a. FEER, 29.10.87, S. 26). Für diese Darstellung spricht, daß alle von chinesischer Seite zugegebenen sechs Toten tibetische Demonstranten waren, darunter die beiden Mönche Gyegy (23) und Ghase (19), die durch Kopfschüsse getötet wurden, sowie ein etwa 15-16 Jahre alter Jugendlicher und ein etwa 6-7 Jahre altes Kind (ebenda; FEER, 15.10.87, S. 9).

Offizielle chinesische und prochinesische tibetische Kreise machten "eine Handvoll Anhänger des Dalai Lama" für die Unruhen verantwortlich (Beijing Rundschau, 13.10.87, S. 6). In der Tat bestätigten Anhänger des Dalai Lama in Lhasa, daß sie mit ihrer Demonstration am 27. September ihre Solidarität mit dem Dalai Lama und ihren Protest gegen die chinesische Kritik am Dalai Lama zum Ausdruck bringen wollten (FEER, 5.11.87, S. 7). Konkret scheint es dabei um den vom Dalai Lama am 21. September in den USA vorgeschlagenen "Fünf-Punkte-Plan" für Tibet und die chinesische Kritik daran gegangen zu sein.

Die chinesische Propaganda zeichnete ein finsternes Bild von den Demonstranten: Hauptakteure der Demonstration vom 1. Oktober seien ehemalige Sträflinge gewesen, und einige Demonstranten seien Verwandte derjenigen Lamas, die während der Demonstration am 27. September festgenommen worden seien. Mit Geld hätten einige dieser Unruhestifter Frauen und Kinder dazu angestiftet, Autos in Brand zu setzen und die Akten des Polizeireviers gewaltsam zu entwenden. Nicht nur ehemalige Sträflinge und Lamas haben nach chinesischer Darstellung gesetzwidrige Handlungen und Sabotagetätigkeiten ausgeführt, sondern auch rund 50 Ausländer, darunter einige Touristen, hätten sich an den Demonstrationen beteiligt. Die Ausländer hätten Polizisten mit Steinen beworfen, zusammen mit den anderen Demonstranten das Bajiaoje-Polizeirevier in Brand gesetzt und die Massen aufgehetzt, das Polizeirevier zu stürmen. Trotzdem sei keiner dieser Ausländer verhaftet worden (Warum eigentlich, wenn doch angeblich eindeutige Straftatbestände vorgelegen haben?) (Beijing Rundschau, 27.10.87, S. 7). Mönche, Verbrecher und Ausländer waren nach chinesischer Darstellung also die Hauptschuldigen an den gewalttätigen Demonstrationen in Lhasa.

Der stellvertretende Parteisekretär des Autonomen Gebiets, Raidi, forderte eine strenge Bestrafung der Unruhestifter (Beijing Rundschau, 27.10.87, S. 7-8). Auch der gegenüber China ergebene Panchen Lama, der in Beijing wohnen muß und Tibet nur zu Inspektionsreisen besuchen darf, verurteilte am 8. Oktober auf einer Inspektionsreise in Qinghai (dem früheren tibetischen Amdo) die Demonstrationen und forderte eine Bestrafung der Anführer und die Entlarvung der "Drahtzieher hinter den Kulissen" (Beijing Rundschau, 20.10.87, S. 6).

Festnahmen wurden von seiten der chinesischen Sicherheitskräfte nicht nur während der Demonstrationen sondern auch danach vorgenommen, so z.B. am 3. Oktober im Kloster Sera (FEER, 15.10.87, S. 10).

Aus Beijing wurden am 3. und 4. Oktober zusätzliche Einheiten der Bewaffneten Volkspolizei nach Tibet eingeflogen, die von einem stellvertretenden Minister für öffentliche Sicherheit begleitet wurden (FEER, 15.10.87, S. 10).

Am 7. Oktober wurden die nach Lhasa gereisten ausländischen Journalisten aus Tibet ausgewiesen (FEER, 22.10.87, S. 14), nachdem es am 6. Oktober zu einer weiteren Demonstration gekommen war, in deren Verlauf zwischen 40 und 60 Mönche verhaftet worden waren. Bei dieser von westlichen Augenzeugen als friedlich eingestuften Demonstration hatten die chinesischen Polizisten mit Schlagstöcken und Gewehrläufen auf die demonstrierenden Mönche eingeschlagen (FEER, 15.10.87, S. 8; IHT, 9.10.87; FT, 15.10.87).

Nach chinesischer Darstellung haben die Unruhen ihre Ursache in einer Erklärung des Dalai Lama vor dem Komitee der Menschenrechtsgruppe im Repräsentantenhaus des US-Kongresses vom 21. September (ebenda, S. 4-6). Der vom Dalai Lama am 21. September vorgeschlagene "Fünf-Punkte-Plan" (siehe u.a. FEER, 22.10.87, S. 13-14) laufe - so ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums am 28. September - auf die Forderung nach der Unabhängigkeit Tibets hinaus (Beijing Rundschau, 6.10.87, S. 7).

Offizielle chinesische Kreise wiederholten in diesem Zusammenhang mehrfach die bekannte Position der Volksrepublik China,

- daß Tibet seit Mitte des 13. Jahrhunderts ein fester Bestandteil Chinas sei,
- daß die tibetische Bevölkerung "eine in der Geschichte beispiellose Demokratie und Freiheit" genieße und
- daß "sich die chinesische Zentralregierung stets (sic!) um die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Tibets und eine Erhöhung des Lebensstandards seiner Bevölkerung bemüht" habe (Erklärung der Zentralen Kommission für die Angelegenheiten der Nationalitäten, nach: Beijing Rundschau, 6.10.87, S. 7-8; siehe u.a. auch Beijing Rundschau, 13.10.87, S. 4-5, und 20.10.87, S. 16-17).

In diesem Zusammenhang sei ausdrücklich auf den ausgezeichneten Aufsatz von Oskar Weggel über das Für und Wider der chinesischen Ansprüche auf Tibet hingewiesen (in: C.a., Dezember 1983, S. 744-760).

Eine weitere Ursache für die Demonstration vom 27. September könnte die öffentliche Hinrichtung von zwei Tibetern am 24. und 25. September gewesen sein (AW, 16.10.87, S. 39), die möglicherweise dazu beitrug, daß die latenten Spannungen zwischen Tibetern und Chinesen zum Ausbruch kamen. Die Festnahme von Mönchen am 27. September dürfte eine wesentliche Ursache für die blutigen Unruhen in Lhasa am 1. Oktober gewesen sein.

In der chinesischen Propaganda ist mehrfach auf die angeblich so gewaltigen Leistungen hingewiesen worden, die China für Tibet und seine Bevölkerung auf allen Gebieten aufgebracht habe. So soll Tibet in den letzten 30 Jahren finanzielle Zuwendungen in Höhe von insgesamt 10,7 Milliarden Yuan RMB erhalten haben, von denen 3,4 Milliarden für den Investbau aufgewendet wurden (Beijing Rundschau, 20.10.87, S. 7). Der tibetischen Bevölkerung scheint jedoch dieses Geld nur zu einem ganz kleinen Bruchteil zugute gekommen zu sein, denn wie sonst ist es zu erklären, daß der Lebensstandard in Tibet immer noch erheblich unter dem chinesischen Landesdurchschnitt liegt. Tatsächlich scheint der Großteil der chinesischen Tibethilfe für die in Tibet angesiedelten oder zeitweilig stationierten Han-Chinesen (Soldaten, Kader und Fachleute) sowie für den Bau von militärstrategischen Einrichtungen aufgewendet worden zu sein.

Seit 1980 hat die chinesische Zentralregierung Sonderfonds in Höhe von insgesamt 24 oder 27 Millionen Yuan RMB für die Renovierung der seit 1959 - vor allem jedoch während der Kulturrevolution - zerstörten und beschädigten Tempel und Klöster in Tibet zur Verfügung gestellt (Beijing Rundschau, 27.10.87, S. 21 und 22). Dies sind zwischen 3 und 3,5 Millionen Yuan RMB pro Jahr - im Vergleich zu der Gesamthilfe für Tibet in Höhe von rund 400 Millionen Yuan RMB im Jahr ein lächerlicher Betrag. Auch in Anbetracht der großen Zerstörungen während der Kulturrevolution erscheint diese Summe lediglich wie ein winziger Tropfen auf einen heißen Stein.

Über die zahlenmäßige Entwicklung der Klöster und Mönche machte die *Beijing Rundschau* in ihrer Ausgabe vom 27.10.87 folgende Angaben, die das Ausmaß der Zerstörung und Unterdrückung von 1959 bis 1980 erahnen lassen:

| | Klöster | Mönche |
|------|---------|---------|
| 1958 | 2.716 | 114.407 |
| 1966 | 553 | 6.913 |
| 1976 | 8* | 900 |
| 1987 | 200 | 14.000 |

* eigene Zahl

Vor allem auf den Aufbau des Verkehrs- und Transportwesens sind die Chinesen stolz, und sie verweisen darauf, daß es mittlerweile 21.600 km Landstraßen im Autonomen Gebiet Tibet gibt (Beijing Rundschau, 20.10.87, S. 7). Der kritische Betrachter kann sich allerdings des Verdachts nicht erwehren, daß diese Straßen primär aus militärischen Gründen gebaut wurden.

Der Tourismus hat sich mittlerweile zum wichtigsten Wirtschaftssektor Tibets entwickelt, mit Einnahmen in Höhe von 29 Millionen Yuan RMB im Jahre 1986. 1986 besuchten 30.000 Ausländer Tibet, während es 1984 lediglich 1.500 ausländische Touristen waren, die Tibet bereisten. (Beijing Rundschau, 20.10.87, S. 7)

Den chinesischen Statistiken von 1986 zufolge leben im Autonomen Gebiet neben 1.937.379 Tibetern lediglich 73.534 Han-Chinesen, was einen Anteil von nur 3,6 Prozent

an der Gesamtbevölkerung der AG Tibet ausmacht (Beijing Rundschau, 13.10.87, S. 4). Diese Zahlen werden von der chinesischen Propaganda immer dann genannt, wenn der Vorwurf einer Sinisierung Tibets zurückgewiesen werden soll. Allerdings darf bei der Bewertung dieser Zahlen nicht vergessen werden, daß das alte Tibet nicht nur das Gebiet des heutigen Autonomen Gebiets Tibet umfaßte, sondern auch die gesamte heutige Provinz Qinghai (das frühere Amdo), ein erheblicher Teil der heutigen Provinz Sichuan sowie Gebiete in den Provinzen Gansu und Yunnan. Hinzu kommt, daß in den oben genannten chinesischen Angaben die Zahlen für die in Tibet stationierten chinesischen VBA-Soldaten nicht enthalten sind.

Die Unruhen in Tibet und die vorausgegangenen Aktivitäten des Dalai Lama in den USA führten auch zu Dissonanzen im chinesisch-amerikanischen Verhältnis:

- Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums bezeichnete in einer Erklärung vom 28. September die Tolerierung der politischen Aktivitäten des Dalai Lama in den USA als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas und als eine Belastung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen (Beijing Rundschau, 6.10.87, S. 7). Bereits am 1. September hatte die chinesische Botschaft in Washington der amerikanischen Regierung zu verstehen gegeben, daß China die politischen Aktivitäten des Dalai Lama in den USA mißbillige und hoffe, daß die zuständigen amerikanischen Behörden Maßnahmen dagegen treffen und damit die Interessen Chinas wahren würden (ebenda).
- Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums verurteilte am 7. Oktober eine Resolution des US-Senats über die Tibet-Frage als eine erneute Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas. Der US-Senat hatte in Anbetracht der Ereignisse in Lhasa die Verletzung der Menschenrechte in Tibet durch die Volksrepublik China verurteilt und Präsident Reagan u.a. aufgefordert, den Dalai Lama zu treffen und zu unterstützen. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums erklärte hierzu: "Wir fordern den US-Kongreß auf, seine Einmischungsversuche in die inneren Angelegenheiten

Chinas im Interesse der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sofort zu stoppen." (Beijing Rundschau, 20.10.87, S. 5)

Für die Zukunft warnte ein Vertreter des Zentralen Kommission für die Angelegenheiten der Nationalitäten alle Staaten, den Dalai Lama zu empfangen: "Der Dalai Lama betätigt sich nicht nur in seiner Eigenschaft als religiöses Oberhaupt im Ausland, sondern auch als Emigrant. Wir wehren uns dagegen, daß sich der Dalai Lama in welcher Eigenschaft auch immer in anderen Ländern politisch engagiert... Wenn irgendein Land den Dalai Lama und seine Gesandten empfängt, muß es mit der Kritik der chinesischen Regierung rechnen." (Nach: Beijing Rundschau, 20.10.87, S. 17)

Nach Bundeskanzler Helmut Kohl machte mit Franz-Josef Strauß ein weiterer deutscher Unionspolitiker seine Position deutlich, die deutsch-chinesischen Beziehungen nicht durch die Tibet-Frage und die gegenüber den Ostblockstaaten so hervorgekehrte Menschenrechtsfrage zu belasten. Strauß besuchte zwar nicht das besetzte Tibet, dürfte aber seine chinesischen Gastgeber in Beijing durch folgende Äußerungen in einem Interview mit Radio Beijing erfreut haben: "Die Chinesen, als heutiger Gesprächspartner Deng Xiaoping, haben uns mitgeteilt, daß Tibet seit dem 13. Jahrhundert zu China gehört, allerdings immer einen hohen Grad der Autonomie hatte, also eine Art nationale Selbständigkeit im Rahmen eines großen chinesischen Staatsverbandes. Die tibetanischen Unruhen sind einerseits Ausdruck der Notwendigkeit, daß manches unter Umständen geändert werden muß, vor allen Dingen die wirtschaftlich-soziale, auch bildungsmäßige Entwicklung beschleunigt werden muß. Andererseits sind wir nicht der Meinung, daß etwa Tibet zu dem früheren System zurückkehren kann, wie es über Jahrhunderte hinweg in Form einer theokratischen Mönchsherrschaft bestanden hat. Bei Meldungen über Unruhen sind wir natürlich auch vorsichtig, denn wir möchten nicht haben, daß Tumultszenen in der Bundesrepublik, die im übrigen das öffentliche Leben kaum berühren, so verallgemeinert werden, als ob das die Bundesrepublik Deutschland wäre. Wer die Demonstrationen in Großstädten gegen Kernkraftwerke oder gegen militärische

Einrichtungen verfolgt, bei denen es auch zu schweren Zusammenstößen kommt, wer diese Bilder dann verallgemeinert, der würde sagen, die Bundesrepublik lebt in revolutionärer Unruhe, in der Bundesrepublik herrscht ein Chaos - all das ist natürlich barer Unsinn." (Nach: MD, 22.10.87, S. 4-5) -sch-

*(8)

Insel Hainan soll Provinzstatus erhalten

Die zur südchinesischen Provinz Guangdong gehörende Insel Hainan soll nach Informationen aus Beijing zur Beschleunigung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung mit Wirkung vom Frühjahr 1988 zu einer eigenständigen Provinz erhoben und mit umfassenden Sonderrechten ausgestattet werden. Die geplanten Vergünstigungen sollen z.T. weit über die den vier bestehenden Sonderwirtschaftszonen und 14 offenen Küstenstädten gewährten Privilegien hinaus gehen.

Nach Angaben der leitenden Mitglieder eines zu diesem Zweck gebildeten vorbereitenden Ausschusses wird sich die geplante Entwicklung der Insel zur Provinz und zu einer mit umfangreichen Vorrechten ausgestatteten Sonderwirtschaftszone zunächst auf die Räume von Haikou im Norden und Sanya im Süden der Insel konzentrieren. Der Ausbau der grundlegenden Infrastruktur auf den Gebieten Verkehr, Energieversorgung und Telekommunikation soll mit gleichem Nachdruck verfolgt werden, und zwar nach dem Motto: "Verkehr ist die Vorhut und Energie der Schlüssel zur Erschließung von Hainan".

Xu Shijie und Liang Xiang, die leitenden Mitglieder des vorbereitenden Ausschusses, kamen nach einer Inspektion der Insel zu dem Schluß, daß Auslandskapital, fortschrittliche Technik und Managementmethoden für die Entwicklung von Haikou und Sanya zu attraktiven Tourismuszentren importiert werden müßten. Generell werde die Modernisierung der beiden Städte dem Tourismus, der Leichtindustrie sowie der Kultivierung tropischer Erzeugnisse und der Zucht von Meeresprodukten in den angrenzenden Kreisen Auftrieb verleihen.

Hainan soll mit der Höherstufung auf Provinzebene - bisher rangierte es als besonderer Verwaltungsbezirk innerhalb der Provinz Guang-

dong - zur größten Sonderwirtschaftszone der Volksrepublik ausgebaut werden. Das betrifft nicht nur die geografischen Dimensionen, sondern auch institutionelle und funktionelle Aspekte, wie größere Autonomie und Entscheidungsbefugnis auf den Gebieten Finanzierung, Banken, Projektgenehmigung, Außenhandel, Beschäftigung von Personal und Verfügung über Grund und Boden. Zusammen mit größerer Flexibilität im Vergleich zu den vier anderen Sonderwirtschaftszonen sollen die genannten Maßnahmen den Weg für den Zustrom von ausländischer Technologie und Finanzierung ebnen.

Der *Guangming Ribao* zufolge soll der Vorschlag für die weitreichenden politischen und wirtschaftlichen Änderungen in Hainan von Ministerpräsident Zhao Ziyang ausgegangen sein. Ein entsprechender Beschluß erfordert noch die Zustimmung der Vollversammlung des 7. Nationalen Volkskongresses, der im Frühjahr 1988 tagen wird. Grundsätzlich soll aber von der Zentralregierung bereits entschieden worden sein, der künftigen Provinz einen größeren wirtschaftspolitischen Freiraum als den anderen vier Sonderzonen einzuräumen.

Wie letztlich der Gesamtstatus der neuen Sonderwirtschaftszone beschaffen sein wird, ist bislang noch nicht klar erkennbar, da sich verschiedene chinesische Quellen widersprechen.

Unabhängig davon, wie der künftige Rahmen der Wirtschaftsverfassung Hainans abgesteckt sein wird, besteht nach Aussagen der beiden leitenden Ausschußmitglieder ein dringender Bedarf an Fachleuten aller Art für die Gebiete Management, Wissenschaft und Technologie, Außenhandel, Finanzwesen und Stadtplanung. Entsprechend soll auch eine für Hainan geplante Universität u.a. Fakultäten für Weltwirtschaft, Finanzen, Außenhandel und Fremdsprachen erhalten. Dem Vernehmen nach ist vorgesehen, eine große Anzahl von qualifizierten Kräften aus Hongkong, den übrigen chinesischen Provinzen und dem Ausland anzuwerben. (NfA, 22.0.87; Radio Beijing, 28.10.87, zit. nach SWB, 30.10.87) -lou-